SCHWEIZERISCHES AKTIONSKOMITEE GEGEN DEN ENERGIEARTIKEL

Geschäftsstelle Postfach 8166, 3001 Bern, Tel. 031 25 77 85

Bern, 17. September 1990

ABSTIMMUNGSAUFRUF

Das unter dem Präsidium von Nationalrat Dr. Jean-François Leuba (Lib. Chexbres) stehende Schweizerische Aktionskomitee gegen den Energieartikel teilt mit:

Der am 23. September zur Abstimmung gelangende Energieartikel muss als zentralistische Vorlage bezeichnet werden. Mit dem Energieartikel, welcher bereits einmal 1983 am Ständemehr gescheitert ist, greift der Bund in einen Bereich ein, in welchem der Verbraucher bisher ein grosses Mass von Eigenverantwortung bewiesen hat und der in die Zuständigkeit der Kantone und Gemeinden gehört. Der Energieartikel hätte massiven Staatsinterventionismus zur Folge.

Der Energieartikel weckt in weiten Kreisen der Bevölkerung falsche Illusionen: Mit einer neuen Kompetenzerteilung an den Bund werden nämlich keine neuen Energiequellen erschlossen. Volk und Kantone haben in den letzten fünfzehn Jahren erfolgreiche Anstrengungen zum Sparen von Energie unternommen. Neue Vorschriften hätten nur lästige Umtriebe und vor allem eine nochmalige Vergrösserung des Verwaltungsapparates zur Folge. Dort wo das Eingreifen des Bundes auf dem Energiesektor unabdingbar nötig ist, bestehen bereits ausreichende gesetzliche Bestimmungen (Landesversorgungsgesetz!). Im übrigen haben die meisten Kantone ihrerseits längst von der Möglichkeit Gebrauch gemacht, auf dem Energiesektor tätig zu werden. Die bisherige ergänzende Funktion des Bundes soll beibehalten werden, denn die Aufgabenteilung hat sich auch in der Energiepolitik bewährt.

Aus allen diesen Gründen empfiehlt das Schweizerische Aktionskomitee gegen den Energieartikel, am 23. September zu dieser Vorlage ein Nein in die Urne zu legen.

> SCHWEIZERISCHES AKTIONSKOMITEE GEGEN DEN ENERGIEARTIKEL

NEIN zum Energieartikel

EIN SPIEL MIT ZAUBERLEHRLINGEN!

Nationalrat Karl Weber, Seewen-Schwyz

Die Energie-Ideologen verhalten sich wie Zauberlehrlinge. Man predigt den Ausstieg aus der Kernenergie, man verhindert bessere Wasserkraft-Nutzung. Scheinheilig verschliesst man die Augen vor über 30 % Atomkraft-Import. Schlussendlich hätten dann die bisherigen Standortkantone von Kraftwerken durch Bundes-Spardiktat mitzusparen, um den "Verweigerer-Regionen" die fehlende Elektrizität zu liefern. So würden viele Kantone durch den neuen Verfassungsartikel zur Stromkolonie!

Sparen und forschen ohne Bundesbürokratie

Unser Land liegt im OECD-Vergleich mehr als 40 % unter dem Länderdurchschnitt. Von 1973 bis heute ist die Erdölabhängigkeit von 81 % auf 65 % gesunken. Trotz Anstieg der gewerblichen und industriellen Produktion um 30 % liegt der Energieverbrauch um 3 % tiefer. Zu diesem stolzen Ergebnis haben Forschung, Entwicklung und besonders die freien Marktkräfte beigetragen. Fast alle Schweizer unterstehen neusten Bauvorschriften über Wärmedämmung und Haustechnik. Sparen und Forschen bleibt für uns alle, schon aus Kostengründen, eine Daueraufgabe. Wir haben umfassende Rechtsgrundlagen (Wasserrecht, Atom- und Umweltschutzgesetz) um Mensch und Umwelt zu schützen. Wir brauchen kein neues Bundesdiktat.

Sichere Landesversorgung geht vor.

Seit dem 2. Weltkrieg hatten wir keine Lieferungs-Engpässe zu verzeichnen. Wirtschaft, Kantone und Gemeinden sicherten uns die bewährte dezentrale Versorgungssicherheit. Energie ist für ein Land ohne Bodenschätze die wichtigste Grundlage für soziale und wirtschaftliche Wohlfahrt. Boden, Wasser und Luft können durch die bestehenden Gesetze tiefgreifend geschützt werden. Wir wollen saubere Energie ohne Zentralstaat!